

Der Deutsche Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementpreis durch die Post bezogen vierteljährlich 3.00 M. Anzeigenpreis: Die 6 geplatte Millimeter zelle für Arbeitsgesetze 1.00 M. Geschäfts- u. Privatanzeigen 1.20 M.

Eigentum des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Schriftleitung u. Geschäftsstelle: Duisburg, Stephotor 17. Telefon 2366 und 3367. Schluß der Redaktion: Samstags morgens 11 Uhr. Zu schreiben u. Abonnementbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie

Nummer 47

Duisburg, den 19. November 1921

22. Jahrgang

Arbeitsgemeinschaft für den Maschinenbau

Am 28. Oktober fand im Sitzungssaal der Außenhandelsstelle für den Maschinenbau in Charlottenburg eine Versammlung der Arbeitsgemeinschaft für den Maschinenbau statt, die sich mit der Frage der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit im Maschinenbau beschäftigte. Den Vorsitz führte Herr Geheimrat von Borri.

Die Verhandlungen wurden eingeleitet durch einen Bericht von Herrn Dr. Ing. E. Meier, Direktor der Hannoverschen Maschinenbau-Aktien-Gesellschaft. Der Redner, der in seinen Ausführungen das ganze Problem der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit behandelte, ging von den Gründen der Arbeitslosigkeit im allgemeinen aus und verglich die Verhältnisse in Deutschland mit denen in anderen Industrieländern. Er stellte fest, daß zur Zeit die Arbeitslosigkeit im Ausland größer sei als im Inland. Da Deutschland nicht in der Lage sei, den Bedarf seiner Einwohner mit Rohstoffen aus eigener Erzeugung zu decken, sei es auf die Einfuhr solcher und zu deren Bezahlung wiederum auf die Ausfuhr angewiesen. Es sei nötig, möglichst wirtschaftlich zu arbeiten, man müsse also mit anderen Worten Arbeitskräfte sparen, eine Fortbewegung, die somit im Widerspruch stehe, der Arbeitslosigkeit zu steuern. In diesen Zusammenhang wies der Vortragende darauf hin, daß die heutige günstige Lage der deutschen Ausfuhrindustrie, die lediglich eine Folge des Zießstandes des Marktwertes sei, nicht etwa als Dauerzustand angesehen werden könne. Im sachlichen Kritik beleuchtete der Redner alsdann den nicht immer günstigen Einfluß, den die seit der Revolution eingeführten wirtschaftlichen Maßnahmen auf das wirtschaftliche Arbeiten und auf die Arbeitslosigkeit ausgeübt hätten. Eindringlich wies er nach, daß die Vergabeung von Maschinenförderungen an unbeschäftigte, aber nicht auf diese Arbeiten eingesetzte Betriebe, die Verpflanzung von ungelernten Arbeitern oder Arbeitern anderer Berufszweige in die Maschinenfabriken und die Durchführung der Arbeitsbeschaffung die Stärke des Maschinenbaus im Inland und auf dem Weltmarkt gegenüber den ausländischen Wettbewerbern lähmen müsse. Erfolgreich kann die allgemeine Arbeitslosigkeit bekämpft werden durch Belohnung der Landwirtschaft, durch Übernahme von Obersiedereien, durch Kanal-, Straßen- und Wohnungsbauten. Die Zwangswirtschaft im Wohnungsraum behindert die Entwicklung der Bauwirtschaft. Neben diesen wirksamen Mitteln können für die Industrie, vor allem für den Maschinenbau, noch einige Wege in Betracht, deren günstiger Einfluß sich allerdings erst nach Jahren zeigen könnte: eine gute theoretische und praktische Ausbildung der Arbeiter, der kaufmännischen und technischen Beamten, sowie die Verbesserung des inneren Aufbaues und der Arbeitsweise der Betriebe durch Vereinigung, Typisierung, Spezialisierung usw. Er erklärte, daß der Arbeiterwechsel kein geringerer sei als im Frieden, teilweise sogar zugenommen habe, was auf die Produktion ungünstig einzwirke. Nicht immer sei auch bei den Arbeitslosen der notwendige Arbeitswillen vorhanden. Zum Schluss seiner Ausführungen betonte der Vortragende, daß alle auf Behebung der Arbeitslosigkeit gerichteten Bemühungen, so dankenswert sie an sich auch seien, durch die Gewalt der Gegner wettgemacht würden, in deren Händen Deutschland heute nur ein Spielball sei.

Das Gegenreferat erstattete der Vertreter unseres Verbandes, Kollege K. E. L., Berlin. Er bezeichnete es als eine Notwendigkeit, im Interesse einer Behebung der Arbeitslosigkeit mit allen Kräften auf eine Verbesserung der Erzeugung hinzuwirken. Dieses Ziel lasse sich jedoch nicht durch eine Verlängerung der Arbeitszeit erreichen; denn auf diesem Wege könne keineswegs eine hinreichende Abschleicherung erzielt werden, um der durch die Verlängerung der Arbeitszeit bedingten größeren Zahl von Erwerbslosen alsdann Beschäftigung zu gewähren. Dagegen kann von den Arbeitnehmern verlangt werden, daß die achtständige Arbeitszeit durch Arbeitsintensität weit ausgenutzt würde. Pflicht der Industrie sei es, mehr als bisher ihre beträchtlichen Ausfuhrgewinne zur Herabsetzung der Inlandsspreize heranzuziehen. Auch erfordere die Kalkulationspraxis der Industrie eine gründliche Nachprüfung. Die Verbesserung der Produktion darf nicht auf Kosten des Menschen, seiner Gesundheit und seines Wohlbefindens erfolgen, sondern durch Verzicht auf Übergewinne und Förderung des technischen Fortschritts. Am Ende d. J. erweisen sich die Gewinne immer größer, als man im Laufe des Jahres angenommen hätte. Schließlich müssen unnötige Formen des Zwischenhandels ausgeschaltet und andererseits besseres Zusammenwirken zwischen der Industrie und dem Handel erzielt werden. Hier können auch die Mittelmittel, die uns durch den großen Einfuhrbedarf in die Hand gegeben sind, gegenüber dem Ausland besser ausgewertet werden. Dies erscheint jedoch nur möglich durch den Ausbau entsprechender Organisationen. U. einem tatsächlichen Mangel an gewissen gelernten Arbeitern in manchen Berufen abzuhelfen, seien bevorzugte Entlohnungen in diesen Berufen als Anreiz zu erstreben. Das System der Tarifverträge läßt dies ohne weiteres zu. Auch müssen alle Bestrebungen gefordert werden, welche die Leistungsfähigkeit der Arbeiterschaft durch Erhöhung ihres Wissens zu steigern suchen. Auch die Gewerkschaften verwenden hierbei viele Kräfte und Mittel. Bei Wirtschaftskrisen müsse sich die Solidarität aller Volksrichten zeigen. Es sei ausgeschlossen, daß nur ein Teil des Volkes die Lasten dieser

Krisen bis zum finanziellen und seelischen Zusammenbruch tragen kann. Zum Schluss seiner Ausführungen betonte der Redner, daß nach der Verfassung jeder Volksgenosse ein Recht auf Arbeit habe; alle Volksteile sollen durch einträchtiges Zusammenwirken danach streben, daß dieses Ziel erreicht werde.

Nach mehrstündigter weiterer Aussprache wurde nachstehende Entschließung angenommen:

1. Der Vorstand der Arbeitsgemeinschaft nimmt in Aussicht, die heutige Erörterung über die Arbeitslosigkeit, da sie über den Rahmen des Maschinenbaus hinausgegriffen hat, weiteren Kreisen als Beitrag für die Behandlung dieser überaus wichtigen Frage zugänglich zu machen.

2. Da infolge der wirtschaftlichen Entwicklung der letzten Zeit im Maschinenbau zur Zeit eine Arbeitslosigkeit in größerem Umfang nicht vorhanden ist, so behält sich der Vorstand vor, die Frage erneut zu erörtern, sobald eine Verschärfung der Wirtschaftslage zu befürchten ist.

3. Bei etwaigen gesetzlichen Maßnahmen muß dafür Sorge getragen werden, daß nicht durch die notwendigerweise schematische Fassung der Bestimmungen der äußerst verwickelte Produktionsprozeß des Maschinenbaus gestört wird.

4. Ueber einstimmung besteht über die Notwendigkeit einer noch verstärkten Ausbildung des Nachwuchses zwecks Vermehrung der Zahl der Facharbeiter.

Hat. Kreil.

keit noch mehr beeinträchtigt werden würden, während andere Branche wesentlich weniger hart betroffen werden würden.

Man kritisierte auch den zu engen Anschluß der Arbeitslosenversicherung an die allgemeine Sozialversicherung und die Übertragung der Hauptfunktionen an die Krankenkassen unter ungünstiger Berücksichtigung der Arbeitsnachweise.

Hieraus befürchtete man eine nicht genügende Zusammenarbeit von Arbeitsnachweis und Arbeitslosenversicherung herleiten zu müssen.

Außerdem hielt man den Kreis der Versicherungspflichtigen nicht für zweckmäßig abgegrenzt, beanstandete die Einbeziehung auch der höher besoldeten Angestellten und hielt die im Gesetzesentwurf enthaltenen Maßnahmen zur Verhütung der Arbeitslosigkeit für ungenügend.

Nach der Zurückziehung des früheren Entwurfs hat das Reichsarbeitsministerium die Frage der Arbeitslosenversicherung jedoch nicht ruhen lassen, sondern weiter zum Gegenstand von Verhandlungen mit den wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer gemacht.

Als vorläufiges Ergebnis dieser Erwägungen und Verhandlungen finden wir in Nr. 24 des Reichsarbeitsblattes vom 30. September ds. J. einen neuen Entwurf, der sich allerdings nur als Referentenentwurf bezeichnet und zu dem das Reichsarbeitsministerium sich seine offizielle Stellungnahme noch vorbehält.

Dieser neue Entwurf enthält gegenüber seinem Vorgänger wesentliche Verbesserungen und stellt eine weit günstigere Verhandlungsbasis dar.

Schen der Kreis der versicherungspflichtigen Personen ist zweckentsprechend abgegrenzt.

Es sollen grundsätzlich diejenigen für den Fall der Arbeitslosigkeit pflichtversichert sein, die auf Grund ihrer Beschäftigung und ihres Einkommens auch Pflichtmitglieder einer Krankenkasse sind. Von diesen Personen sollen jedoch von der Versicherungspflicht in bezug auf die Arbeitslosenversicherung freit vonbleiben:

1. wegen des Fehlens eines Versicherungsschutzes und weil keine Gefahr erheblicher Arbeitslosigkeit vorhanden ist, die in der Land- und Forstwirtschaft, mit häuslichen Diensten oder als Hausgehilfen beschäftigten Personen,

2. wegen des zu hohen Versicherungsriskos die unständig im Wandergewerbe, im Nebenberuf oder nur gegen freien Unterhalt beschäftigten Personen, sowie

3. wegen anderweitigen Schutzes Arbeitnehmer, die infolge von Krankheit oder anderen Gebrechen dauernd weniger als ein Drittel dessen verdienen, was körperlich und geistig gesunde Personen derselben Art mit ähnlicher Ausbildung und in derselben Gegend durch Arbeit zu verdienen pflegen und deshalb anspruchsberichtet auf Grund der Kranken- oder Invalidenversicherung sind oder die vom Reich, einem Lande, einem Gemeindeverbande usw. Ruhegeld, Wartegeld oder von einem Versicherungsträger bzw. auf Grund des Reichsvergütungsgesetzes Rente beziehen, sofern der tägliche Betrag der Bezüge mindestens das Zweifache der Summe erreicht, die der betreffende Arbeitnehmer im Falle der Arbeitslosigkeit an Arbeitslosenunterstützung für seine Person erhalten würde.

Durch diese Einschränkung des Kreises der versicherungspflichtigen Personen wird erreicht, daß die Versicherung selbst nicht durch übermäßiges Risiko und mit unnötiger Verwaltungsaufwand belastet wird, während für die des Schutzes nicht so bedürftigen Personen, insbesondere die besser bezahlten Angestellten, eine Beitragsteuerpflicht mit Recht wegfällt, weil sie doch von den Versicherungsleistungen wegen ihrer Berufsonderheiten keinen genügenden Gebrauch machen könnten.

Neue Wege der Arbeitslosenfürsorge

Dr. Franz Goerrig.

Das Problem der Versorgung der Arbeitslosen steht in den letzten Jahren im Vordergrunde der Sozialpolitik. Man hat die verschiedensten Auswege erwogen und ver sucht.

Praktisch führen die Versuche immer wieder die Schwierigkeit vor Augen, die es bereitet, die sozialen Billigkeitsforderungen der Arbeitnehmer und die Konsequenzen des Rechts auf Arbeit in Einklang zu bringen mit den Erfordernissen der Gesamtwirtschaft und unserer Konkurrenzfähigkeit auf dem Auslandsmarkte.

Hinzu kommen die Schwierigkeiten, die auf eine mangelnde Überzeugung von der Arbeitslosigkeit und auf ungenügende Arbeitslust einzelner zurückzuführen sind.

Der Notbehelf, der bei Beginn der Revolution in der Form der Reichsverordnung über die Erwerbslosenfürsorge gewählt wurde, war zwar bei der ungewöhnlichen Arbeitslosigkeit und bei der Verschärfung unserer damaligen Wirtschaft der jährliste Ausweg. Er barg aber doch eine Reihe erheblich bedenklicher Nachteile in sich.

Den schlimmsten Schattenseiten der Reichserwerbslosenfürsorge ist man bereits dadurch begegnet, daß z. B. die Verordnung ausbrachte im Sinne produktiver wirtschaftender Arbeitslosenfürsorge, die in erster Linie darauf hinauszielte, durch Schaffung von Arbeitsgelegenheit Gegenwerte für die Erwerbslosengelder zu schaffen und damit gleichzeitig das Uebel der Arbeitslosigkeit an seiner Quelle zu erfassen.

Trotz dieser Umgestaltung ist die Verordnung über die Erwerbslosenfürsorge aber immer noch keine glückliche Problemlösung, weil der Fürsorge trotz aller papierenen Gegenbehauptungen mehr oder weniger ein Unterstützungscharakter innewohnt, weil der einzelne aus allgemeinen Steuermitteln ohne festen Rechtsanspruch und ohne unmittelbare Gegenleistung eben nur eine Unterstützung erhält und weil die Auswendungen seitens des Reiches, der Staaten und Gemeinden in so gewaltigen Summen immer mehr zu der Salutaver schlechterung und damit zu weiterer Konkurrenzfähigkeit und zu einem Umschwung der Arbeitslosigkeit führt.

Um diesen Nachteilen zu begegnen, plant die Regierung schon seit längerer Zeit die Ablösung der jetzigen Reichserwerbslosenfürsorge, die mit Ablauf der Deutschnahmungszeit am 31. März 1922 ohnehin ihre Rechtsgültigkeit verliert, durch eine Arbeitslosenversicherung.

Vorher im vorigen Jahre legte sie den Entwurf eines Arbeitslosenversicherungsgesetzes vor, mußten diesen jedoch wieder zurückziehen, weil er ein Widerspruch weiterer Arbeitgeber- und Arbeitnehmerkreise herausbeschwor.

Es waren sowohl sozialpolitische, als auch versicherungstechnische Einwendungen, die man gegen den Entwurf in der alten Form erhebt.

Man beanstandete z. B. den vormaligen Plan, selbständige Arbeiterschaften für kleinere Bezirke zu schaffen, die im großen und ganzen selbst ihr Bezirksrisiko zu tragen haben sollten und nur in Ausnahmefällen eine Ausgleichshilfe von seiten des Reiches erhalten sollten.

Mit Recht befürchtete man, daß auf diese Weise einzelne Bezirke infolge der erzielbaren Beitragssatz in ihrer Konkurrenzfähig-

Arbeitgeberstandpunkt über Sozial- und Lohnpolitik

Eine sehr beachtenswerte Konferenz fand vor einigen Tagen in Berlin statt. Dort hatten sich die Führer der Deutschen Arbeitgeberverbände mit den Vertretern der führenden deutschen Presse zusammengefunden zwecks Aushaften über unsere gegenwärtige wirtschaftliche und politische Lage. Aus dieser Konferenz mußte man den Eindruck gewinnen, daß die Arbeitgeberchaft mit allen Mitteln bestrebt ist, die öffentliche Meinung, das gesamte Wirtschaftsleben und die Gesetzgebung in ihrem Sinne zu beeinflussen. Alle Dinge, die nicht einseitig dem Arbeitgeberstaat Vorteile bringen, sondern auf das Gesamtwohl eingestellt sind, wurden einer scharfen Kritik unterzogen. Mit allen möglichen und unmöglichen Gründen versuchte man zu beweisen, daß unsere moderne sozialpolitische Gesetzgebung für unsere Gesamtwirtschaft schädlich sei.

Mit einer Gegenüberstellung von Zahlen des Jahres 1914 mit jenen von 1920 versuchte man zu beweisen, daß auf sozialpolitischen Gebiete zuviel getan werde. Man vergaß aber vollständig, die veränderten Verhältnisse und die dadurch stetig wachsenden Aufgaben der Sozialpolitik in Betracht zu ziehen. In den Ausführungen der

Herrn Dr. Tänzler, Geschäftsführer der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände, kam es deutlich zum Ausdruck, wie wenig Macht das Arbeitgeberamt auf die wirtschaftliche Schwäche des Arbeiters nimmt. Herr Konsul Dr. Klöne aus Dortmund hat ohne Zweifel auf dieser Konferenz mit seinen Ausführungen den Vogel abgeschossen in bezug auf Einseitigkeit seines Standpunktes. Sein Referat „Kritik zur Lohnbewegung“ war ein glänzender Sieg einflussreicher, wirtschaftlicher Berechnung über soziale Notwendigkeiten, und damit eine Niederlage für die Möglichkeit künftiger Preissteigerung, besonders wenn man in Betracht zieht, dass nach Ansicht des Herrn Dr. Klöne schon im vergangenen Sommer ein Lohnabbau hätte eintreten müssen. Die Behauptungen des Redners, alle Lohnerhöhungen hätten eine Erhöhung der Preise im Gefolge, sind nur bedingt richtig, nämlich erst kam bisher die Preissteigerung und dann kam die in etwa ausgleichende Lohnerhöhung. Wenn dann wiederum eine weitere Preissteigerung eintrat, so kann dieses doch nicht auf das Konto der Lohnförderung gebucht werden, weil diese doch notgedrungen auf die erste Preissteigerung eintrat. Jeder Mensch, der in den letzten Wochen und Monaten die Preissteigerungen verfolgt hat, weiß, dass erst auf die Preissteigerungen noch mehr als einem Monat die Lohnerhöhungen folgten. Sollte es aber richtig sein, was die Presse berichtet, dass Herr Dr. Klöne den Parteidanken als schädlich und als eine Quelle ständiger Unruhen bezeichnet hat, so wäre dieser Standpunkt auf der einen Seite sehr bedauerlich, auf der anderen Seite aber würde der Arbeiterschaft erneut der Beweis gebracht sein, wie außerordentlich notwendig ihr Zusammenschluss in der gewerkschaftlichen Organisation ist. Die Ausführungen des letzten Redners, des Herrn Generaldirektor Müller, Köln, waren wohl die interessantesten auf dieser Konferenz. Die Mahnungen, die er an das Arbeitgeberamt richtete, der sozialen Grundstimmung der Arbeitnehmerschaft Rechnung zu legen, schienen von der ehrlichen Absicht durchdrungen zu sein, dass dieselben nicht nur auf die Spitzenverbände beschränkt bleiben sollten. Diese Mahnungen sollten sich auch Herr Dr. Klöne und der Dortmunder Arbeitgeberverband mehr zu Herzen gehen lassen, sonst wird es ihnen nicht gelingen, die Seelen der Arbeiter, die sie bis heute noch nicht verstanden haben, zu erreichen. Gegenwärtiges Versehen und der ehrliche Wille zur Gemeinschaftsarbeit, wodurch der Arbeitnehmer gleichberechtigter und verantwortlicher Mitträger der Wirtschaft wird, kann nur allein unser Wirtschaftsleben gesund machen zum Wohle des gesamten deutschen Volkes.

Gewerkschaftliches

Ein eigenartiger Berufsverband

Unter dieser Überschrift bringt das Organ des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes in Nr. 44 einen Artikel, der sich mit den jüngsten Angriffen des „Bergknappen“ auf unsere Organisation befasst. Es direkti unteren Kollegen bekannt sein, dass der Gewerbeverein christlicher Bergarbeiter in letzter Zeit nachzuweisen verucht, der Christliche Metallarbeiterverband habe den Standpunkt des Betriebsverbandes verlassen und sei im weiteren Maße Industrieverband als der Gewerbeverein christlicher Bergarbeiter. Um dies zu erbringen, hatte der Bergnappe mitgeteilt, dass wir in der Obenkammer die Arbeiter einer Werft, in Saarbrücken die Arbeiter einer Seifenfabrik und in Hulda die Arbeiter einer Nadelfabrik organisiert hätten. Der Gewerbeverein christlicher Bergarbeiter weiß ganz genau, dass die betreffenden christlichen Berufsverbände, die in den bezeichneten Werken zuständig wären, nicht an allen Orten von Fisch geführt haben. Um diese Leute nun vor dem unerlässlichen Magen der freien Gewerkschaften zu schützen, nehmen wir diese Leute zunächst einmal auf, um die selben dann den zuständigen Berufsorganisationen im sozialen Lager zu überführen,

wie das gerade im letzten Jahr in zahlreichen Fällen geschehen ist. Wenn der Gewerbeverein christlicher Bergarbeiter in solchen Fällen anders handeln würde, möchte er sich einer kräftrischen Handlung gegenüber der christlichen Gewerbebewegung schulden. Wir werden daher dem Gewerbeverein keinen Vorwurf daraus machen, wenn er ebenso vorübergehend in Umburg seine eigene organisiert.

Wenn man das Organ des roten Metallarbeiterverbandes aus diesen neuwendigen Umständen für seine Organisationen glaubt Nutzen ziehen zu können, so ist das leicht erfärblich, denn dieser Organisationsversuch jedes, auch das rote Mittel gut genug, um die Konkurrenzorganisationen zu verteidigen. Den roten Herrschäften sei an dieser Stelle erlaubt, dass gerade sie am wenigsten Urteile haben, sich um die Auseinandersetzung der beiden christlichen Verbänden zu kümmern, denn „viel Slang, wie im sozialistischen Lager vorhanden ist, wird man in alle Ewigkeit in den christlichen Gewerbeverbänden nicht vorfinden.“ Die letzten Jahre haben gezeigt, wie gerad in der sozialistischen Gewerkschaftsbewegung Dinge vorgekommen sind, die tatsächlich zum Himmel stinken. Wir erinnern nur an die partei-politischen Spaltungen, wie schon allein der sozialdemokratische Metallarbeiterverband, anstatt gewerkschaftliche Arbeiterschaftsinteressen zu vertreten, Arbeit genau hatte, um seine Organisationen vor dem Raum zu bewahren. In die er für den Verband sozialen Zeit war die rote Organisation froh, dass der Christliche Metallarbeiterverband eine verdeckte Gewerkschafts-Politik verfolgte, d. h. praktische Arbeit bei der Vertretung von Arbeiterschaftsinteressen leiste, und ehrfürchtig nahmen die Führer der sozialistischen Gewerkschafts-Gesellschaften, sich hinter dem Einfluss des Christlichen Metallarbeiterverbandes zu verbergen. Aus die er Tatsache allein geht hervor, dass der Christliche Metallarbeiterverband in der deutschen Arbeiterbewegung den ruhenden Pol darstellt. Ob die Stürme von links oder von rechts kommen, wir sind die einzigen, welche das große Ziel, Vertretung der Metallarbeiterinteressen, nicht aus dem Auge verloren. Auf die blöden Aurenplakette, bestechlich des Namens unserer Organisation einzugehen, kann man sich wirklich sparen. Wir möchten jedoch dem roten Metallarbeiterverband und allen andern, die in das gleiche Horn blähen, den guten Rat geben, zunächst einmal in den eigenen Reihen einen Generalauspus vorzunehmen, vorher haben sie absolut kein Recht, sich um andere Organisationen zu kümmern.

Der bestrafte Verleumder.

Aus Siegen wird mitgeteilt: Der sozialdemokratische Partei-ekrelär Schmidt, der es nie unterlassen konnte, in seinen Parteiversammlungen die Christlichen Gewerkschaften und deren Führer anzugreifen, wurde in einer Sitzung des Schönenwerders wegen Beleidigung der christlichen Gewerkschaftssekretäre zu 500 Mark Geldstrafe, im Unvermögensfalle für je 10 Mark ein Tag Haft verurteilt. Schmidt hatte im Februar dieses Jahres in einer Parteiversammlung behauptet:

„Es ist erwiesen, dass die christlichen Arbeiterschaften $\frac{1}{2}$ Stunde nach einer Sitzung in der Arbeitsgemeinschaft mit denselben Herren in einem anderen Ort an einem sich führen, um Pläne zu schmieden gegen die Arbeiterschaft.“

Schmidt stritt diese Verurteilung zwar ab, er habe aber durch Zeugen überzeugt. Hoffentlich eignet sich Herr Schmidt nach diesem Urteil die Vorsicht und Objektivität in seinen Aussführungen an, die im Interesse des Anstandes auch gegenüber Gegnern notwendig ist.

Neben ist Silber, Schweigen ist Gold.

Zus Gesellenkirchen schreibt man uns:

„Das aus dem Munde Hues stammende schmückige Ablationswort, „Auch muss der Massen schmieden und die Führer vor den Bauch treten!“ ist nicht selten gegen christliche Gewerkschaftsführer von Sozialisten aller Gestalt angewandt worden, hat aber immer noch die beabsichtigte Wirkung verschafft.“

Wir erinnern uns neben so vielen diesbezügl. Anstrengungen einer Resolution, die vor mehr als Jahresfrist einer Belegschaftsermittlung der Höchsten unterbrecht wurde und die von Verdächtigungen und Verleumdungen gegen die Leitung des Christlichen Metallarbeiterverbandes geradezu strafte und deren Einbringung trotz wachholter Aufrichterung nicht den Mut fanden, den Inhalt der Entschließung mit ihrem Namen auch nach außen hin zu geben. Ähnlich lag ein Fall, der sich vor der gleichen Belegschaft abgespielt hat, aber einen anderen Ausgang nahm, da der Verleum-

der sofort gefasst werden konnte. Als in der ersten Streitversammlung vor drei Wochen Gewerkschafts-ekrelär Zillens seiner Meinung dahin Ausdruck gab, dass der begonnene Kampf nicht die Hoffnung auf Erfolg bei ihm erwecke sowie die Möglichkeit die er Aussichtslos ist durch den Ausgang des Streits voll auf bestätigt würden, da war es das Mitglied des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes Linde, der den leichten Streit der Arbeiter der „Gesetzkircher Gußstahl- und Eisenwerke“ zu einer Verleumdung und Verdächtigung benutzte, die sein Angestellter der Gewerkschaftsbewegung ruhig hinnehmen konnte. Es wurde recht bald Herr Linde Gelegenheit gegeben, seine Behauptungen zu beweisen und je brenzlicher die Geschichte für ihn wurde, um so mehr klapperte er zusammen. Interessant war vor dem Schiedsmann die Ansage vor Linde, „dass der ehemalige Geschäftsführer des deut. Metallarbeiterverbandes, Karl Müller, seines Amtes als Gewerkschaftssekretär entbunden worden wäre, weil der Streit bei den „Gesetzkircher Gußstahl- und Eisenwerken“ einen für die Arbeit ungünstigen Ausgang genommen hatte.“ Das füch auf gut Deutsch überzeugt, dass der Missmach im sozialdemokratischen Metallarbeiterverband von seinen Unzesten verlangt, dass die noch dem Grunda am Handel haben: „Wessen Brod ich esse, dessen Lied ich singe!“ oder: „Wer nicht pariert, der liegt!“ Immerhin ein interessantes Eingeständnis.

Dass Reden Silber, Schweigen aber Gold ist, musste Herr Linde erstaunen als er sich, um weiteren Unannehmlichkeiten aus dem Wege zu gehen, heiliglich seiner Verdächtigung des Führers des Christlichen Metallarbeiterverbandes zu folgender Erklärung gewogen haben, die, da er sie in öffentlicher Versammlung erhob, nun auch der Offenlichkeit unterbleitet werden muss. Sie lautet wörtlich:

„Johann Linde, Arbeiterratsmitglied der Gesetzkircher Bergwerke-A.-G., nehme hiermit den in der Betriebsversammlung der Belegschaft der Höchsten am Mittwoch, den 12. Oktober gegebenen über dem Gewerkschafts-ekrelär Zillens gemachten Auspruch: „Nur durch Zillens ist der Streit bei den „Gesetzkircher Gußstahl- und Eisenwerken“ eine endgültige Unterlagen und Beweise fehlen.“

Gelsenkirchen, im Oktober 1921. ges. J. Linde.“

Za ja!

„So nützlich auch das Reden, nicht sei ihm oft so wichtig. Da Reden ist von Silber, das Schweigen ist von Gold. Dein hilfe deine Augen wohl; bald ist ein böses Werk erfüllt. O Gott, es war nicht böös gemeint — der andere aber geht und flagt.“

Streiflichter

Sieben kommunistische Parteien.

Herr Adolf Hoffmann, Stadtverordneter, Landtagsabgeordneter und Kultusminister a. D. sowie Reichstagsabgeordneter, ausgeschiedenes Mitglied der Mehrheitssozialdemokratie und USPD, ist jetzt aus der Kommunistischen Partei ausgetreten. Die „Freiheit“ erlaubt sich in dieser Hinsicht folgende niedliche Bemerkungen:

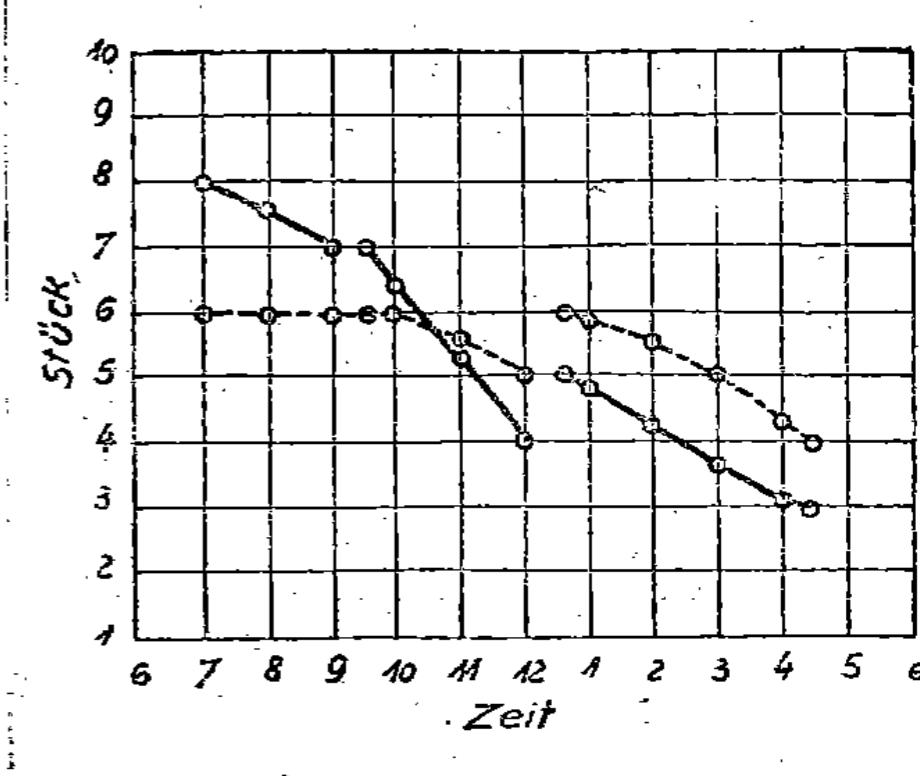
„Die Reichstagstraktion der Vereinigten Kommunistischen Partei hat sich während der Sommerferien in sechs Teile geteilt. Inzwischen hat der Läuterungsprozess neue Fortschritte gemacht. Adolf Hoffmann, der bisher zu den Untergeschichteten zählte, ist mit Ernst Däumig, der sich den schwankenden Gestalten angegeschlossen hat, wild geworden; beide sind aus der Reichstagsfraktion der USPD ausgetreten. Es ergibt sich nunmehr folgende Zusammenstellung:

1. Die Moskauer: a) die Unenwegten: Remels, Fröhlich;
- b) die Abgegängten: Stocka, Höltlein, Koenen.
2. Die Leviten: Levi, Matzahn.
3. Die Rausgeworfenen: Reich, Düwell, Geyer jun.
4. Die Ausgetretenen: H. Leuber, Marie Waszkow.
5. Die Untergebudten: Zeitlin, Pleitner, Eckardt, Bräck, Bark, Heidenmann.
6. Die schwankenden Gestalten: Dr. Herzfeld, Geyer, sen., Berthele, Eichhorn, Thomas, Fries.
7. Die Wildgewordenen: Ernst Däumig, Adolf Hoffmann.

mündung, zweitens die Zeit der größten Schaffenskraft, und aus der punktiert gezeichneten Linie die durchschnittliche Stundenleistung. Werden nun solche Tabellen eine Woche oder mehrere jeden Tag aufgenommen, so ist durch Nebeneinanderlegen der Linien genau zu sehen, dass z. B. Montag, Freitag und Samstag keine Höchstleistungstage sind. Das liegt in der menschlichen Natur verankert, die Gründe zu erörtern lass einem späteren Aufsatz vorbehalten bleiben. Hier soll nur bereits erwähnt werden, dass diese aufgestellten graphischen Tabellen die Unterlagen bieten für Allerd-Heselung, für Arbeitsteilung und Platzzuweisung.

Wenn man dieses Beispiel nun erweitern will, man will vielleicht Vergleichsziehen zwischen einem älteren Arbeiter und einem jüngeren, vielleicht um den älteren eine für ihn nicht mehr geeignete Arbeit durch Zuweisung einer anderen besser zu beschäftigen, so werden die „Stablinien“ der beiden Arbeiter in eine Tabelle gezeichnet etwa nach Abb. 3. Es bedeutet hier die volle Linie die vom älteren Arbeiter geleistete Stückzahl, die punktierte die des jüngeren. Man kann hier sehen, dass zuerst seiner größeren Geschicklichkeit (da er länger mit der gleichen Arbeit beschäftigt wurde) der ältere Arbeiter im Anfang mehr leistet, dass er aber aufgrund seines Alters schneller ermüdet und die Leistung dann unter die des jüngeren Arbeiters sinkt, sodass wohl die mittlere Tagesleistung bei beiden ziemlich gleich ist, dass aber der ältere Arbeiter ermüdet ist und mehr Kraft verausgabt hat als der jüngere.

Diese Beispiele allercinischer Art lassen sich nun in den verschiedensten Veränderungen erweitern. Wenn man jedoch erst einmal den Grundbegriff einer solchen Tabelle erfasst hat, kann man ohne Schwierigkeiten sich auch in solche aussergewöhnlicher Art finden.



entwickelt die Thermometergrade (s. Abb. 1) Tagenommen es erfolge künstlich eine Fieberweitung, so ergibt sich bei wechselndem Fieber etwa ein Bild nach Abb. 1, wenn die gefundenen Punkte verbunden werden. Man sieht hier eine wechselnde Linie, welche den sog. sog. (in diesem Fall die normale Körpertemperatur von 36 Grad) morgens und abends mehr abweicht als an den anderen Tageszeiten. Hierdurch ist kennlich, dass das Fieber abends am höchsten war, dann etwas nachließ, manchmal wieder steig, am nächsten morgen wieder nachlässt, bis es abends vielleicht wieder steigt. Man kann also an dieser Linie mit einem einzigen Blick den Verlauf des Fiebers erkennen.

Beobachten wir nun das oben Gesagte auf unsern Beruf, in dem ja gerade jetzt so viel Statistiken aufgestellt werden, so erhalten wir auch hier sehr bald den Wert der graphischen Aufzeichnung. Angenommen es soll festgestellt werden, wie sich die Leistung eines Schlossers für eine Arbeit im Tage darstellt, so wird man vielleicht eine Tabelle nach Abb. 2 anstellen. Im wagreichsten Reise die 8 Arbeitsschritte des Tages mit Füßen, in trennender

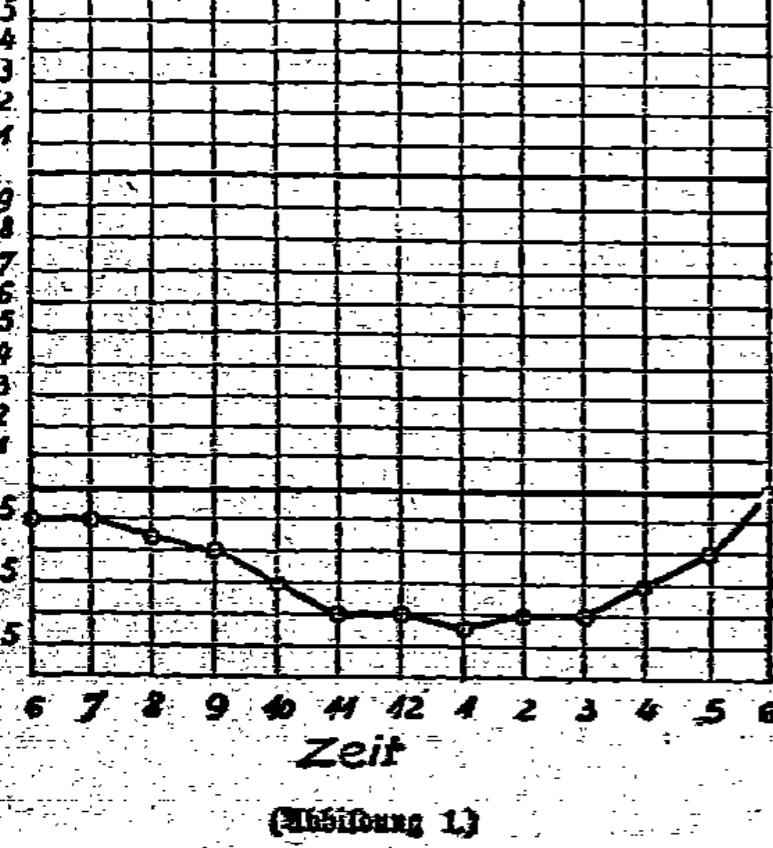
Zeit

Hier würde die Linie etwa wie in Abb. 2 angegeben verlaufen.

Von 7-9 Uhr bleibt die Stückzahl in der Stunde ungefähr gleich mit 6, dann von 9 bis 12 Uhr fällt sie, nach dem Frühstück sinkt die Stückzahl in der ersten Stunde etwa wieder mit 6 an, durch die fortwährende Erholung nimmt sie ab, sodass sie zu Mittag nur noch 3 Stück in der Stunde beträgt. Von 12-14 Uhr ist sie wieder 6 Stück in der Stunde. Am darauffolgenden Morgen wird wieder mit früher Kraft aufgegangen (Stückzahl 6) um dann verhältnismäßig schneller als am Vorabend zu füßen, bis Arbeitsschritt etwa auf 4 Stück. Bis die erste Linie in nun verzeichnetes zu erkennen. Erstens die natürliche Er-

Die hastende Zeit, welche uns bereits soviel neue Erfahrungen auf dem Arbeitsgebiet gebracht hat, ist die Ursache, dass neben neuen Arbeitsmethoden, neuen Ausbildungsmöglichkeiten u. wirtschaftlichkeitsstreben eine lebhafte Orientierung über die Erfolge aller die Erneuerungen gesordert wird. Bisher war diese Orientierung durch gegenüberstehende Tabellen möglich, in welchen die Ziffernangaben das Ereignis vor und nach Einführung irgendeiner Neuerung zeigten. Dem Kaufmann und vor allem dem Stoffhändler sagen ja auch heute noch die Zahlen alles, wenn auch bereits auf vielen Gebieten sich eine andere Methode eingebürgert hat. Diese ist die graphische Tabelle. Die nachstehenden Zeilen sollen dazu dienen, das Verständnis für graphische Tabellen zu erweitern und so Gelegenheit zu geben, dass es einer größeren Anzahl als bisher möglich ist, sich schnell in diesen zurückzufinden und den Wert der ebenen Schäften zu lernen.

Wer einmal ein Krankenhaus besucht hat, wird bei jedem Kranken eine „Fieberkurve“ in der Nähe der Raumtemperatur gefunden haben. Es ist dies die einfachste Form der graphischen Tabelle. In waghäufigster Reihe sind die Stunden aufgetragen, in



Zwischen haben die Bildgewordenen mit den Parteien, den Antragsteller und den Ausgeworfenen eine neue Nation gebildet, wie lange sie zusammenhält, weiß man noch nicht. —

Viele kommunistische Parteien kommen noch?

Kapitalismus und Sozialismus.

"Tod dem Kapitalismus!" kreten die Genossen aller sozialistischer Parteien. Im gefüllten aber kultivierten See des Kapitalismus in Reinheit. Erst erst beobachteten Spitzbuden den Reichstag des Kommunistenherrn Adolf Hitler, und am 15. September gab der Berliner Oberbürgermeister sich in der Stadtverordnetenversammlung bekannt, daß der UEB-Gärtner Körten außer seinem Gehalt als Stadtrat für einige Monate 40 000 M. für Nebenverdienst erhielt. Kommentar überflüssig.

Ausgeschlossen!

Die „Rote Fahne“ (Nr. 378) meldet: „Untersichts der Rötsche des Volkes hat die Kommunistische Partei in Russland für ihre Mitglieder drakonische Bestrafungen geplant. So wird z. B. jeder, der zwei Paar Schuhe besitzt, aus der Partei ausgeschlossen.“ Die deutschen Kommunisten sind sonst so gelehrte Schüler Westaus, wann wollen sie in diesem Punkte ihre Herren und Meister nachahmen? Wer hat man etwa schon bestimmt, wieviel Eltern, Bettler, Helden, Herden usw. deutsche Kommunisten haben dürfen? — Vieles ihre Führer tatsächlich haben, das hat sich ja bei Adolf Hoffmann gezeigt.

Bekanntmachungen

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im vorabzahlt sind, so ist für Sonntag, den 20. November, der 48. Wechselfreitrag fällig, für die Zeit vom 20.—26. November.

Es erhält die Genehmigung zur Erhebung folgender Beiträge: Erkämpfung: Nr. 45. Woche: 1. Klasse 6 M., 2. Klasse 5 M., 3. Klasse 3,50 M., 4. Klasse 1,50 M. Nr. 1822: 1. Klasse 7 M., 2. Klasse 6 M., 3. Klasse 3,50 M., 4. Klasse 1,50 M.; ferner für die 48. und 52. Woche ein Sonderbeitrag von je 1 M.

Ebenfalls erhält die Genehmigung: Bergbau.

Nichtbefolgung hat den Verlust statutarischer Rechte zur Folge.

Verbandsgebiet

Der Sympathiekreis der Heizer und Maschinisten.

Hagen. Der steile Heizer- und Maschinistenverband trat in der vergangenen Woche aus Sympathie für eine Duisburger Kollegen hier in einen Streit. Urteilssatz der Umstände, die sich bei diesem Streit zeigten, und die jeder gewerkschaftlichen Praxis hohesprachen, ist es notwendig, denselben näher zu beleuchten. Anfangs der vergangenen Woche wurde von dem Verbundseiter Herrn Oskar Kudelsberg schon auf den geplanten Streit in Gegenwart der Zentralverbände der Metallarbeiter hingewiesen. Von diesem wurde jedoch darauf ausmerksam gemacht, daß falls eine solche Situation eintrete, er den Weg seines und sich mit den Organisationen zu versöhnen habe. Am Donnerstag konnte jedoch festgestellt werden, daß für Freitag ein Sympathiekreis in Szene gelegt werden sollte. Herr Kudelsberg hielt es nicht für notwendig, die Gewerkschaftsräte anderer Richtungen zu benachrichtigen, wohl aber den Martichen Arbeitgeberverbund „Öffentliche“ in Kenntnis zu setzen. Es scheint gewerkschaftliche Taktik des Herrn Gewerkschaftsräters Kudelsberg zu sein, die Herrn Arbeitgeber sehr genug zu verständigen, damit sie sich auf die Abwehr vorbereiten, während man an den Organisationen, von denen man die Sympathie verlangt, fast vorüber geht. Die jeder gewerkschaftlichen Praxis hoffnungsreiche Leistung brachte Herr Oskar Kudelsberg. Er trat also mit seinen Getreuen in einen Sympathiekreis ein. Sympathie verlangend von jenen, die er in der Benachrichtigung überzeugt hatte. Zunächst verlor er den Kampf in seiner Hauptdomäne Haufe auszuführen. Des Heizer- und Stahlwerks mukte am Freitag vormittag den Betrieb schwören, sodass über 2000 Arbeiter brotlos wurden. Bei der Firma Wittmann gelang dies nicht, hier konnte der Betrieb aufrecht erhalten werden, unter Zubehörnahmen Haufen. Dieses war darauf zurückzuführen, daß die Arbeiter ja noch keine die lebenswichtige Tätigkeit des Herrn Kudelsberg vom Vorjahr im Gedächtnis haben, wo er durch einenmäßiges Vorsehen einen Leuten 1.—Mark pro Tundenlohn aufzuhören konnte, die es jedoch ablehnte und die Arbeiterschaft auch dort 10 Tage außerhalb des Betriebes über die praktische Arbeit des Herrn Kudelsberg nachdenken konnte. Bei Wittmann mußte allerdings der Raum nach 10 Tagen abgesetzt werden und ohne Stundenzahlungslösungen die Heizer- und Maschinisten ihre Arbeit wieder aufnehmen. In solche Verhältnisse wollten die hiermal nicht wieder hineinsehen und in freier der Markt vollständig hier aufrecht erhalten werden. Auch in anderen Werken während der Sympathiekreis, der so wiederum eingeseitigt war, gleichfalls vollständig. Nur beim Heizer- und Stahlwerk, der Hauptdomäne des Heizer- und Maschinistenverbands zeigte sich in voller Schärfe. Hier wurde mit allen Mitteln gekämpft. Rollstandarbeiten sollten verzögert werden, wenn nicht die einzelnen Betriebe stillgelegt würden. Alle Werke, den Heizer- und Maschinistenverbund mit den Zentralgewerkschaften in Verbindung zu bringen, um eine Ausprache herzuzuführen, scheiterten am Freitag. Herr Kudelsberg war zu sehr beschäftigt. Am Samstag beriet der Heizer- und Maschinistenverband eine öffentliche Versammlung nach Haufe ein, in der der Hartvateren Bezirksleiter Mathis die Notwendigkeit des Kampfes für Duisburg betonen sollte. Hier zeigte es sich klar, wie man vorging. Nicht Vorausbesserungen bildeten das Kampfobjekt in Duisburg. Nach eigener Aussicht von Mathis ließ sich über das Angebot des Arbeitgeber dort reden. Auch nicht die Anerkennung als Tarifcentrale sollte auf dem Vordergrund gestellt werden, da man dieses Kampfobjekt auch bereits ausgekastet hatte. Nur Sympathie für die noch streitenden Brüder, war das Endziel. Rechtskraft trennsagten die Vertreter aller Gewerkschaften in dieser Versammlung das frivole Vorgehen des Heizer- und Maschinistenverbands. Es wurde sogar von dieser Seite festgestellt, daß nur noch zwei Betriebe in Duisburg im Streit ständen, wobei was bestritten wurde, aber auch seine spätere Bestätigung fand. In Duisburg selbst galt die Bewegung am Samstag Mittag um 2 Uhr als beendet, da hier am letzten Werktag der niedrige Kürtei aufgenommen war. Hierzu wußte ancheinend nur Herr Kudelsberg nichts, der überhaupt nicht informiert schien. Denn er wußte von Sympathiekreis und nannte Namen der Werke, die im Streit stehen sollten, aber auch hierbei gab er nicht der Wehrheit die Ehre. Hätte in dieser Massendemonstration eine Aussicht vorgenommen werden können, würde unzweckhaft dem Heizer- und Maschinistenverband eine Antwort geworden sein, die er sich hinter den Spiegel stecken könnte. Am Samstag nachmittag gelang es, den großen Führer des Heizer- und Maschinistenverbands mit den übrigen Organisationen zusammenzubringen. Aber beim Kudelsberg sahen das eigentlichste Element die Hauptstädte. Er wußte nichts von der Aussicht des Streits in Duisburg wußte. Erkundigungen auf schriftlichem Wege einzutragen, weigerte er sich. Er müsse persönlich an Ort und Stelle Erkundigungen einzutragen, trotzdem er wußte, daß durch diese Handlungsweise Tarifende von Arbeitern um weiteren Verdienst geschmälergt wurden. Galt es doch noch Agitationsarbeit zu leisten, statt gewerkschaftliche Vermutungen zu lassen. Nachdem er am Samstag vormittag seine Getreuen nochmal für die Fortdauer des Sympathiekreises, der am Samstag in Duisburg beendet war, neu eingeholt und sich für Verstärkung und Fortdauer ausprochen hatte, hieß es sich für die Bestätigung der Aussicht des Kampfes in Duisburg,

was anderen Verbänden schon längst bekannt war. Am Montag fühlte verluste er beim Hafer Eisen- und Stahlwerk mit dem Direktorium zu verhandeln, die es wurde abgelehnt. Die von ihm bei Abschluß des Kampfes nicht beachtlichen schweren Metallarbeiterorganisationen mussten nunmehr einreichen, um die Arbeitsmarktforschung vor noch grüheren Schäden zu bewahren und es gelang ihnen, bei dem Direktorium des Hafer Eisen- und Stahlwerks sicher die wettbewerbsfähige Einführung zu ergreifen. Nach Aussprache mit dem Heizer- und Maschinistenberufsrat und einer Anzahl seiner Getreuen, die mehrere Republikaner befanden, wurde in Form nachstehender Bekanntmachung des Hafer Eisen- und Stahlwerks eine Einigung herbeigeführt:

„Es wurde heute, Montag, den 7. November, zwischen der Direktion des Hafer Eisen- und Stahlwerks einerseits, den drei Gewerkschaften, vertreten durch die Herren Sänger, Sauerborn und Wolf und unserem Betriebsrat andererseits, über den untenstehenden durch die wettbewerbsfähige Handlung des Heizer- und Maschinistenverbands hergerufenen wurde, verhandelt. Durch das Eintreten

des Vertreters der drei großen Gewerkschaften wurde eine Vereinbarung dahin ergreift, daß alle streikenden Arbeiter wieder einzestellt werden sollen, sofern ihre tariflichen Rechte, wenn sie die Arbeit turnusmäßig morgen früh wieder aufnehmen werden. Über die Welterbeitszeitlösung einzelner Leute, die die Sicherheit des Werkes schwer gefährdet haben, wird gemeinsam mit dem Betriebsrat und den Vertretern der drei großen Gewerkschaften verhandelt werden. Von der Direktion wird hierbei zur Bedingung gemacht, daß die französischen Parteien unter keinen Umständen in den lebenswichtigen Betrieben des Werkes wieder beschäftigt werden.“

So mußte durch die Tätigkeit der drei gewerkschaftlichen Organisationen der Kampf beendet werden. Hauptsächlich wird die Arbeiterschaft die notwendigen Lehren aus diesem Kampfe ziehen. Fest steht, daß hier mehr wie bisher die Tätigkeit vornehmster verantwortungsbereicher Führer im Auge behalten werden muss.

Amerikanisch! Die wilden Streiks des Maschinen- und Holzverbandes preisen in letzter Zeit immer mehr um sich. In Duisburg wurde der Streik trivial vom Raum gebrochen und dadurch wurden andere Arbeiter in Misserfolg gezwungen. In Düsseldorf und anderen Städten des Industriegebiets gleich dastehende Unionen, Erdölunionen und Kommunisten waren natürlich nur auf sich eine Gelegenheit, um die Bewegungen für sich auszunutzen. Diese vernünftigen Arbeiter werden es ablehnen, sich in wilde Pulsationen hineinziehen zu lassen, das würde sich sonst am eigenen Preis richten. Sollte unsere Mitglieder kommt nur ein gewerkschaftliches Vorgehen in Frage.

Branchenbewegung

Der „Bergknappe“ zum Krupp'schen Tarif.

Im „Bergknappen“ Nr. 45 wird uns vorgehalten, daß wir zu Verhandlungen über Tarifvereinbarungen im Bergbau einzugezogen zu werden verstanden, in der Metallindustrie aber ganz anders besonnen, da z. B. der Tarifnotstrom für die Arbeiter der Friedrich Krupp'schen Gußstahlfabrik in Essen nur von den drei Metallarbeiterverbänden unterschicket sei.

Sieben noch einem Jahr hat der „Bergknappe“ diesesßen Vorwürfe erkoren und seinerzeit in Nr. 44/1920 den Bemis anstehen derucht, daß die Metallarbeiterverbände nicht „Kreuz“ sondern „Industrieverbände“ seien, weil der Krupp'sche Tarif neben den Metallarbeitern unter anderem auch Maurer, Gärtner, Sattler, Schmiede, Wäbberinnen, Näherrinnen, Blätterinnen, Punktstaven, Köppinen, Küchenkäppchen und sogar Kartoffelkämmwäsche umfasse. Wir erwiderten damals in Nr. 52/1920 unseres Organs, al's auch ich vor einem Jahr, daß wir bereits in Nr. 48/1920 unseres Organs die dem Gewerbeverein anfeindend blickt unbekannt gehobene Tatsatz mitgeteilt hätten, der Krupp'sche Tarif sei unter Mitwirkung aller in Frage kommenden Organisationen zusammengeschlossen, während die tarifliche Regelung der Arbeitsvertragslinie im Zukunftswen, in den Kronenanstalten, der Konsumanstalt, der Bürodienstlager sowie des Hauses und Küchenverwaltung, der Wohnungswirtschaft und der Krankenanstalten ebenso ohne Beziehung der Metallarbeiterverbände, vielmehr selbstständig durch die in Frage kommenden Berufsorganisationen in zwei besonderen Abteilungen erfüllt sei, welche seitens der Firma der Zweckmäßigkeit halber im Krupp'schen Tarif untergebracht sind. Wo sich einmal die angezeigten Arbeiter und Arbeiterinnen nicht Mitglieder des Christlichen Metallarbeiterverbandes und zweitens haben die betreffenden Berufsverbände für ihre Mitglieder am Krupp'schen Tarif im besten Einvernehmen mitgewirkt bzw. haben die Abhängigkeiten abgeschlossen.

Wenn wir uns im Bergbau ebenso entgegenkämen wie, wie wir es bei Krupp tun, würden wir mit dem Bergbau nichts zu tun haben, die darüber hinausgehenden Forderungen unserer Kollegen im Bergbau sind weiss nur Kollegen des Verbandsleiters des Gewerbevereins. 3. B. bei der Fa. Krupp wird kein christlicher Metallarbeiter zu den als Maurer oder Schreiner beschäftigten Kollegen sagen: „Kommt zu uns in den Christlichen Metallarbeiterverband“, oder: „Der Holzarbeiterverband ist nicht am Krupp'schen Tarif beteiligt und ist nicht in der Arbeitsgemeinschaft der Metallindustrie“. Solch eine Aktion ist bei uns nicht möglich, weil wir auf dem Boden der Berufssorganisationen stehen. Im Bergbau ist es jedoch anders. Außer der unlauteren Position in den bezeichneten Sinne verweisen man unseren Kollegen die Siedlungswünschen und ähnliche Dinge mehr, wenn sie nicht zu den Bergarbeiterverbänden übertraten. Dazu erneut Gedenknot, das muss sich auch der Gewerbeverein Christi. Bergarbeiter sagt sein lassen. Unsere Kollegen im Bergbau wehren sich mit Recht gegen jede Unterdrückung und werden sich auch fernher mit allen gewerkschaftlichen Mitteln die Anerkennung der Gleichberechtigung einzwingen, wenn eine friedliche Verständigung abgelehnt wird. Es steht zu erwarten, daß die jüngst eingeleiteten Schritte des Gesamtverbandes weitere Schwierigkeiten und Auseinandersetzungen hervorrufen werden, möchten die Schritte bald zu einem erziehlichen Ergebnis führen.

Zeichenkundwerker und Tagesarbeiterkonzern. Am Sonntag, den 6. November fand in Essen eine Delegationskonferenz der Zeichenkundwerker und Tagesarbeiter der Christlichen Berufsverbände statt. In der vom Beisitzer Koll. Ernst vom Christlichen Bauarbeiterverband geleiteten Konferenz berichtete Kollege Düden, Duisburg, einschließlich über den Stand der gegenwärtigen Lohnbestimmung und fügte u. a. aus: Im 3. November fand in Berlin im Landeshaus eine vom Gewerbeverein wird. Bergarbeiter einzelseine Konferenz statt, an der seitens der Christlichen Berufsverbände die Kollegen Düden vom Christlichen Metallarbeiterverband, Koll. vom Christlichen Bauarbeiterverband und Ullmann von den Christlichen Bauern teilnahmen, um zur Lohnfrage für den ersten Bergbau Deutschlands Stellung zu nehmen, da tatsächlich alte Lohnordnungen zum 1. November gefügt worden sind.

Am selben Tage fand dann im Friedensgebaude eine Konferenz aller im Bergbau in Frage kommenden Organisationen statt. Hüttmann vom alten Bergarbeiterverband führte aus, daß man bei der Anerkennung erklärte, die zustellenden Lohnordnungen sollten erst in der Verhandlung den Unterschieden untergeordnet werden, da bei dem Ausmaß der gegenwärtigen Trennung eine rasche gesetzliche Forderung sehr schnell überholt sein könnte. Es müssen auch diesmal zentrale Lohnverhandlungen durchgeführt werden, trotzdem Herr Rückebach vom Christlichen Bergarbeiterverband des Mitteldeutschen Braunkohlenreviers im September gesagt habe, er werde nie wieder eine Forderung aufstellen, die Bergbauern nicht zu erfüllen scheint.

1. „Soll eine einheitliche Lohnforderung für alle Bergarbeiter gestellt werden?“

2. „Soll die Lohnforderung nach Altersklassen abgestuft werden?“

3. „Soll der Sozialstaat erhöht werden?“

Kollege Imbusch, Vorsitzender des Gewerbevereins Christl. Bergarbeiter, erklärte, daß die Aussicht einer einheitlichen Forderung

Schwierigkeiten nach sich ziehe. Die Verneuerung der Lebenshaltung ist besonders stark in den großen Bergwerken des Westens, so daß dieselben eine erhebliche Lohnerschöpfung herauskommen müssen. ist. Dagegen befindet sich eine Reihe kleinerer Bergwerke in Kinderlosen und Kindergartenbetrieben, so daß dort mit einer geringeren Lohnerschöpfung gerechnet werden muss. Weder nun eine einheitliche

Wertschöpfung noch ein Teil der Bergwerke in kleineren Revieren um so stärker sein, je früher die Kinderlosen und Kindergartenbetriebe sind. Den Gesellschaften wie dem Bergbau und Bergbauern möglicherweise möglichst gerecht, was dadurch geschehen könnte, daß das bestehende Gesellschafts- und Kindergartenbetrieb im Bergbau geringer sein würde, als es gegenwärtig im

Bergbau geschehen. — Werte man sich mit einer geringeren Lohnerschöpfung abstimmt, da sonst mit der Entlassung von Jugendlichen für viele Jahre nicht mehr rechnet ist.

Während sich ein Teil der Vertreter der freien Gewerkschaften gegenläufig örtlichen Revieren mit den Sozialstaaten, da das bestehende Gesellschafts- und Kindergartenbetrieb bei der Gelderwertung den Bergbau nicht mehr einführt.

Es wurde dann eine Forderung von 30—35 M. Lohnerschöpfung pro Schicht aufgestellt. Die Spanne soll zum Ausgleich zwischen den verschiedenen Gesellschaften und Kindergartenbetrieben, die sich mit einer Anschaffung der Sozialstädte verbinden, um 1. November geöffnet werden. Da die Lohnordnungen am 1. November geöffnet werden, soll die Lohnerschöpfung abstimmt, da sonst mit der Entlassung von Jugendlichen für viele Jahre nicht mehr rechnet ist.

Um 4. November fand im Gebäude des Reichsverbandes der Reichsarbeiterschaften, Fachgruppe Bergbau, eine Verhandlung der Bergarbeitergemeinschaft statt.

Generaldirektor Wissott leitete die Sitzung und stellte ankerhaft der Tagesordnung der Reichsarbeiterschaftsgemeinschaft die Lohnfrage auf. Bezeichnung und erläuterte im Auftrage der Arbeitgeber, daß man zentrale Lohnverhandlungen nicht für richtig hält. Immer wieder traten die größeren Kohlenunternehmer diesmal einverstanden, im Beisein des Reichsministers für Wirtschaft und unter Verhandlung des Reichsministers für Bergbau und Bergbauarbeiter, die kleinen Bergbauarbeiter und Bergbauhauer besondere Verhandlungen notwendig seien, weil die Bergbauarbeiter zu verschiedenartig sind.

Die Arbeitnehmervertreter hatten demgegenüber zentrale Verhandlungen für notwendig und möglich. Einige Arbeitnehmerkleinerer Reviere erklärten ihre Bereitschaft, Lohnverhandlungen nur direkt diebetischen nicht zentral schließen werden. Ein Arbeitnehmervertreter des Wurmtreibers erklärte, daß dort eine Lohnerschöpfung erst ab 1. Dezember in Frage käme, da der Lohnerschöpfung erst am 30. November abtauft.

Noch einer kurzen Sonderbesprechung der Gruppen gab Generaldirektor Wissott im Namen der Reichsleiter folgende Erklärung ab: Es sind nicht nur die großen westlichen Kohlenreviere mit Verhandlungen bereit, sondern es ist zu hoffen, daß auch los mitteldeutsche Braunkohlenreviere mit verhandeln wird. Der Vertreter des Wurmtreibers hält an seiner Aussicht fest. Kündigung fest, wird eher einer Einladung des Reichsministers für Bergbau folgen.

Hüemann nah im Namen der Arbeitnehmer folgende Erklärung ab: Die Arbeitnehmervertreter rechnen das Angebot der Unternehmer des Kohlenbergbaus, die Verhandlungen schließen zu lassen, an. Sie behalten sich für diejenigen Reviere und Bergbauarbeiter, die sich an zentralen Verhandlungen nicht beteiligen wollen, und dadurch einen Streitfall schaffen, ihre weiteren Schritte vor. (Das Reichsministerium wird um Vermittlung gebeten werden.)

Als Termin für die kommenden Lohnverhandlungen wurde der 9. November vereinbart. Die Verhandlungen werden im Reichsministerium fortsetzen und je ein Vertreter der bereits oben genannten drei christlichen Berufsverbände werden daran teilnehmen.

Am 9. November trafen sich die Arbeitnehmervertreter des Bergbauarbeiterverbandes vom Christlichen Holzabtriebverband, die Kollegen vom Christlichen Bergbau und Mellenbrodt vom Christlichen Bergarbeiterverband, und die Kollegen Driller, Lohde, Braumann, Zimmermann, G. Düden und Brockmann vom Christlichen Metallarbeiterverband.

Nach einem Schluswort des Kollegen A. Düden forderte der Verhandlungsleiter, Kollege Ernst, die anwesenden Delegierten auf, in der Aktion für die christlichen Berufsverbände fortzufahren und sich dabei vornehmlich zu unterstützen. Nur fester Zusammenhalt in der gewerkschaftlichen Organisation kann der Arbeitnehmer bestehen. Kollege Ernst forderte die gut verlaufene Verhandlung mit den Werken: „Leicht ist die Kraft des Einzelnen gebrochen, vereinte Kräfte kann man niemals unterlochen.“

Sobald die Höhe der Lohnerschöpfung vereinbart ist, und über die Befreiung derselben ein Ergebnis vorliegt, wird eine erneut einzuhaltende Gelegenheit haben, dazu Stellung zu nehmen.

Lohnverhandlungen für den Kohlenbergbau.

Am 9. November fanden in Berlin unter dem Vorsitz des Herrn Reichsleiters des Bergbauarbeiterverbandes und im Beisein des Herrn Reichsministers für Bergbau und Bergbauarbeiter eine Lohnverhandlung für den Steinsohlen- und Braunkohlenbergbau statt. Nachdem hinsichtlich der Lohnerschöpfung eine Kündigung existiert war, wurden folgende Lohnerschöpfungen ab 1. November vereinbart:

Rhein-Westfälisches Steinohlenrevier durchschnittlich 27.— Mark pro Schicht, außerdem eine Erhöhung des Hausstands- und Kindergeldes um 1,50 Mark.

Rheinisches Braunkohlenbergbau durchschnittlich 27.— Mark pro Schicht, außerdem eine Erhöhung der sozialen Lohnzulagen um je 1,50 Mark, also auch auf 4,50 Mark.

Niedersächsisches Steinohlenrevier durchschnittlich 24.— Mark pro Schicht, außerdem eine Erhöhung des Hausstands- und Kindergeldes um 1,50 Mark.

